

1. IV. 1917

## Regierung und Parlament in Oesterreich.

-vi- Wien, 28. März.

Von einer in hervorragender, öffentlicher Stellung befindlichen Persönlichkeit erhält der Verleger dieser folgende Darstellung der Veranlassung des gemeinsamen Volkzugsausschusses der deutschen Parteien des österreichischen Reichsrats:

Die Gefahren, die der Einigkeit der deutschen Parteien seit der Veröffentlichung des Beschlusses der Christlich-sozialen Partei über die Einberufung einer Obmänner-Konferenz zu drohen schienen, sind in der Sitzung des Volkzugsausschusses vollständig beschworen worden. Viel hat dazu das loyale und entgegenkommende Verhalten des Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Groß, beigetragen. Es hat sich vollständige Einmütigkeit ergeben; es blieb kein Gegensatz zurück und man hatte den Eindruck, daß der deutsche Volkzugsausschuß eine wertvolle und dauernde Einrichtung bleiben werde, die unter Umständen auch als Waffe gegen eine den Deutschen nicht wohlwollende Regierung und die slawischen Parteien ihre Schuldigkeit tun würde.

Die von den Ministern Dr. v. Baernreither und Dr. Urban abgegebenen Erklärungen sind als die bestimmteste Zusage aufzufassen, daß das Ministerium Clam-Martinich die angekündigten Verordnungen über die Festlegung der deutschen Staatsprache, die Kreiseinteilung in Böhmen und die Revision der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in absehbarer Zeit erlassen wird, und zwar ohne Rücksicht auf die Proteste der slawischen Parteien und auch ungeachtet der Drohung des kroatisch-slowenischen Klubs, die Mandate niederzulegen. Die Geschäftsordnungsreform würde, infolge der Einführung der deutschen Staatsprache, automatisch die Festlegung der deutschen Verhandlungssprache im Parlament zur Folge haben. Durch die Befristung wichtiger Vorlagen soll deren Obstruktion unmöglich gemacht werden. Die Obstruktion soll auch dadurch erschwert, wenn nicht verhindert werden, daß die Zahl der für Interpellationen, Anträge und insbesondere für Dringlichkeitsanträge erforderlichen Unterschriften bedeutend erhöht wird. Von einer Vorlesung von Petitionen und Interpellationen soll künftig abgesehen werden, die Beantwortung von Anfragen durch die Regierung nur im schriftlichen Wege erfolgen. Das Halten sogenannter „Obstruktionsreden“ wird nicht verhindert werden können. Mit der Lösung der galizischen Frage, beziehungsweise der Frage der Sonderstellung Galiziens beschäftigt sich die Regierung eingehend. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, sind nicht gering und zum Teil auf die Art und Weise zurückzuführen, wie durch das seinerzeit erlassene kaiserliche Handschreiben die Lösung der polnischen Frage mit jener der künftigen Stellung des Kronlands Galizien verquidelt worden ist.

Trotz aller Beschleunigung der Vorarbeiten für die Durchführung der Sonderstellung Galiziens, werden in der nächsten Tagung des Reichsrats die Vertreter dieses Kronlands dem Parlament noch angehören. Es besteht nun die Absicht, den Reichsrat für Anfang Mai einzuberufen, wodurch ihm Gelegenheit geboten sein würde, bis zum 17. Juli, an dem die Gültigkeit der Mandate erlischt, die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Wegen der Konstituierung des Büros des Abgeordnetenhauses ist die Lage nicht geklärt. Wenn die Vertreter Galiziens noch anwesend sind und es vielleicht zu einem Zusammengehen aller slawi-

schen Parteien — einschließlich der tschechischen Sozialdemokraten — bei der Präsidentenwahl kommen sollte, besteht die Gefahr der Wahl eines slawischen Präsidenten. Es wird sogar der Name des Kandidaten für diesen Fall genannt, und zwar der des slowenischen Abgeordneten Ritter v. Pogacnik. Im Verlauf der Beratungen des Abgeordnetenhauses dürfte es zu erregten Debatten kommen. Die durch den Krieg geschaffene wirtschaftliche Lage und der angesammelte politische Zündstoff werden, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, wahrscheinlich zu stürmischen Szenen führen.